

Rukwied warnt vor Glyphosat-Ausstieg - Einsatz in Deutschland kräftig gesunken

Vor einem vollständigen Verzicht auf die Nutzung von Glyphosat in Deutschland hat Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied gewarnt. „Wir müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, Glyphosat unter bestimmten Voraussetzungen einzusetzen“, erklärte Rukwied in der Fragestunde des Verbandes Deutscher Agrarjournalisten in Berlin. Er betonte die Bedeutung des Herbizidwirkstoffs für Verfahren der reduzierten Bodenbearbeitung. Derweil berichtete der Industrieverband Agrar, dass die Umsätze mit Pflanzenschutzmitteln in Deutschland im dritten Jahr in Folge gesunken seien, und zwar um gut 2 %. Laut Erhebungen der Kleffmann Group lag der hiesige Glyphosateinsatz 2017 um 43 % unter dem Peak von 2012.

Länderberichte 32

Europaparlament setzt auf fortschrittliche Biokraftstoffe - Für Verbot von Palmöl

Das Europaparlament hat sich für einen kräftigen Ausbau der „fortschrittlichen“ Biokraftstoffe, die vorwiegend aus Reststoffen bestehen, ausgesprochen. Deren Anteil soll bis 2030 auf 10 % steigen. Mitgliedsländer die bereits einen hohen Anteil an Biokraftstoffen basierend auf Ackerkulturen vorweisen können, sollen diese aber bis zu einem Anteil von 7 % weiter nutzen können. Zudem soll der Einsatz von Palmöl für die Treibstoffproduktion ab 2021 untersagt werden. Scharfe Kritik an dem Parlamentsvotum wegen des damit nach ihrer Ansicht verbundenen Ausstiegs aus den gängigen Biotreibstoffen übten die Union zur Förderung der Oel- und Proteinpflanzen und der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie.

EU-Nachrichten 4

Initiative Tierwohl führt Produktsiegel ein - Schmidt will freiwilliges Tierwohllabel

Die Initiative Tierwohl (ITW) geht gestärkt in die nächste Programmphase. Nach Angaben von Geschäftsführer Dr. Alexander Hinrichs steigt das jährliche Budget von 85 Mio Euro auf 130 Mio Euro. Damit können insgesamt gut 6 000 Tierhalter am Programm teilnehmen. Zusätzlich will die Initiative im April zunächst bei unverarbeitetem Geflügelfleisch ein Produktsiegel einführen. Geplant sind auch eine Innovationsförderung, ein Weiterbildungsprogramm und ein Tiergesundheitsindex. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt erteilte derweil Forderungen nach einer verpflichtenden Haltungskennzeichnung eine Absage. Er setze auf ein mehrstufiges staatliches Tierwohllabel auf freiwilliger Basis, so der Minister.

Länderberichte 18 und 22

Bund-Länder-Einigung zur GAP-Reform

Bund und Länder haben sich auf eine einheitliche Position zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verständigt. In einer Sonderagrarministerkonferenz unter Vorsitz von Nordrhein-Westfalens Ressortchefin Christina Schulze Föcking ist es gelungen, die unterschiedlichen Vorstellungen zusammenzuführen. In ihrem Beschluss bekennen sich die Minister zur Fortführung einer starken GAP. Die müsse finanziell „zumindest im bisherigen Volumen“ ausgestattet sein. Für unverzichtbar halten Bund und Länder eine Basisabsicherung für die bäuerlichen Betriebe, „zu denen auch Nebenerwerbs- und Mehrfamilienbetriebe gehören“, wie betont wird. Gestärkt werden müssten „die bäuerlich wirtschaftenden Betriebe und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft“. Dabei seien die Zahlungen „noch gezielter“ für die anstehenden Herausforderungen einzusetzen. Plädiert wird für eine „neue grüne Architektur“ der GAP mit mehr Handlungsoptionen für die Regionen und Landwirte. Zudem seien die Zielorientierung, die Honorierung und die Anreizwirkung der Maßnahmen zu verbessern. Bei der Eröffnungsfeier der Grünen Woche wies EU-Agrarkommissar Phil Hogan Befürchtungen zurück, er nehme mit seinen Reformvorschlägen eine Renationalisierung der GAP in Kauf. Sein Ziel sei vielmehr ein Gleichgewicht zwischen einer größeren Verantwortung für die Mitgliedstaaten und der Erhaltung einer einheitlichen europäischen Grundlage. Bauernpräsident Joachim Rukwied bezeichnete eine starke GAP als „politische Überlebensfrage für die Europäische Union“. Unverzichtbar sei daher eine ausreichende Finanzierung.

EU-Nachrichten 1 und 9